Nummer 332

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 1500 Mk. 69. Jahrgang Freitag, 20. Juli 1923

Als Beilagen erscheinen: Der tägliche vollständige Kurszettel der Berliner Börse, Zinsschein-Kalender, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Schiffahrt und Schiffbau, der handel mit dem Osten und viele andere tabellarische Übersichten

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | für Manuskripte übernimmt d. Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingel. Manuskripten ist Rückporto beizufügen | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwort. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Inneres: P. Steinbock, Schöneberg; Feuilleton: O. R. Jäger, Berlin; Kunst, Wissenschaft u. Lokales: F. Köppen, Bln.-Friedenau; Inseratenteil: H. Rongiewsky, Bln.-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei u. Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12 352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigen-Preis: Die 12 gespalt. Zeile 10 000 M., Reklamezeile 40 000 M., Stellungsuchende 4000 M. Bezugs-Preis freibl.: für Monat August 60 000 M. Die Zeitung erscheint in der Woche sowiftmal. Bestellungen werden bei sämtl. Zeitungsspediteuren, unserer Geschäftsstelle und bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches angenommen. Auslands-Bezug nur unter Streifband zulässig; Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1923 für Amerika 4 Dollar, Frankreich 45 frcs, Francs, Belgien 45 belg. Francs, Schweiz 20 schweiz. Francs, Holland 10 holl. Gulden, Dänemark 20 dän. Kronen, Schweden 15 schwed. Kronen, Norwegen 20 norw. Kronen, England 20 Schilling, Italien 90 Lire, Rumänien 500 rum. Lei, Spanien 25 span. Pesetas, Finnland 150 finn. Mark, Tschechoslowakei 125 tschech. Kronen, Brasilien 40 Milreis, Argentinien 12 Pesos, Serbien 300 Dinar, Oesterreich 160000 Mark, Ungarn und Polen 240000 Mark.

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

ERICH MEYERFELD
BERLIN
BEHRENSTR. 55/56
GRUNDSTÜCKE

Die Neuregelung der Beamtenbesoldung.

Wertbeständige Gehälter und Löhne.

Zu dem im Reichsfinanzministerium getroffenen Abkommen über die Wertbeständigkeit des Einkommens der Staatsbediensteten wird der Expreß-Korr. von gut unterrichteter Seite noch ergänzend mitgeteilt: Die in den Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit dem kleinen Ausschuß der Gewerkschaften erzielten Ergebnisse stellen einen bedeutungsvollen Wendepunkt in der bisherigen Besoldungspolitik des Reiches dar. Die veröffentlichten Richtlinien verfolgen den Zweck, in den Zeiten starker Geldentwertung eine gewisse Wertbeständigkeit des Einkommens der Staatsbediensteten sicherzustellen. Von einer völlig automatischen Anpassung hat man auf gewerkschaftlicher Seite Abstand nehmen müssen. Die veröffentlichten Richtlinien beziehen sich auf die Entlohnung der Staatsarbeiter, sie finden aber mit geringen Aenderungen auch Anwendung auf die Besoldung der Beamten und Staatsangestellten. Eine grundsätzliche Aenderung ist darin zu erblicken, daß bei der Anpassung der Staatsarbeiterlöhne an die Geldentwertung nicht mehr wie bisher von den in den vergleichbaren Privatindustrien gezahlten Löhnen ausgegangen wird, sondern daß als Maßstab die seit der letzten Festsetzung eingetretene Aenderung des Geldwertes und der Stand der Wirtschaft überhaupt zugrunde gelegt wird. Die Anpassung soll wöchentlich erfolgen. Das Reichsfinanzministerium war zu Beginn der Verhandlungen nur zu einer vierzehntägigen Neufestsetzung bereit. Die Ermittlung des Entwertungsfaktors erfolgt nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts, das jeden Mittwoch abend einen Index veröffentlicht. Dieser Index baut sich auf Angaben aus 28 verschiedenen Städten des Reiches auf, die Montags im Statistischen Reichsamt einlaufen. Seine endgültige Zusammenstellung erfolgt unter Mitwirkung der gewerkschaftlichen Organisationen. Am Donnerstag jeder Woche tritt der von den Organisationen gewählte kleine Ausschuß im Finanzministerium zusammen, um gemeinschaftlich mit den Referenten die ermittelten Ziffern für die Besoldung der Staatsbediensteten auszuwerten. Ausdrücklich muß gesagt werden, daß die Kommission bei der Anpassung des Einkommens an die Geldentwertung nicht sklavisch an die Geldentwertung gebunden ist. Es ist verwahrt worden, daß außer der Indexzahl auch andere Momente wirtschaftlicher und politischer Art bei der Neufestsetzung des Einkommens berücksichtigt werden können. In gewissem Sinne wird also auch in Zukunft an dem System freier Vereinbarung festgehalten worden. Das Verfahren, das zunächst, wie schon erwähnt, für die Besoldung der Staatsarbeiter gilt, findet entsprechende Anwendung auch auf die Besoldung der Beamten mit der Aenderung, daß bei den Beamten die Anpassung an die Geldentwertung nicht wöchentlich, sondern 14 tägig am 1. Dienstag jeder Monatshälfte erfolgt. Eine andere Neuerung ist darin zu erblicken, daß der neu errechnete Teuerungszuschlag nicht mehr wie bisher für das volle Vierteljahr, sondern zunächst 14 Tage voraus bezahlt wird. Zu diesem Zugeständnis mußten sich die Vertreter der Beamten-Organisationen entschließen, wenn sie den guten Ausgang der Verhandlungen nicht gefährden wollten. Nach wie vor bleibt bestehen, daß am Anfang eines Vierteljahres den Beamten das Gesamteinkommen für 3 Monate im voraus ausgezahlt wird, das dem am Schluß des vorhergehenden Vierteljahrs entsprechen hat. Auf die Staatsangestellten findet das neue Abkommen dieselbe Anwendung wie auf die Beamten. Die Auszahlung erfolgt bei den Angestellten in der Weise, daß sie am 15. jeden Monats 50 Prozent ihres Einkommens und am Schluß die andere Hälfte erhalten. Wenn in der ersten oder zweiten Hälfte des Monats den Beamten ein Teuerungszuschlag gewährt wird, dann wird für die Angestellten ein weiterer Zahlungstermin in der betr. Monatshälfte anberaumt. Es ist beschlossen worden, den kleinen Ausschuß als Dauervertretung der Organisationen im Reichsfinanzministerium einzurichten und zwar für alle Angelegenheiten, die die Beamten angehen, finanzieller Natur sind und in denen das Reichsfinanzministerium federführend ist.

Da der holländische Finanzminister sich mit seinen Kollegen über das Flottengesetz nicht einigen konnte, hat er seine Demission eingereicht.

Noch keine Entscheidung in London.

Die Absendung der Noten erneut verzögert.

London, 19. Juli.

Das Kabinett erörterte heute in 2½ stündiger Sitzung die Dokumente, die an die Alliierten und die Vereinigten Staaten gesandt werden sollen, nämlich den Entwurf der Antwort an Deutschland, einen Mantelbrief an die Alliierten und eine erläuternde Denkschrift. Sämtliche drei Schriftstücke sind von Lord Curzon entworfen worden. Reuter erfährt, daß keine Entscheidung erreicht worden ist, und daß es nicht sehr überraschend sein würde, wenn die Absendung an die Alliierten und an die Vereinigten Staaten bis zur nächsten Woche verschoben werden sollte.

Von anderer Seite wird berichtet, daß die erläuternde Denkschrift eine lange, sorgfältig vorbereitete Auslassung der Sachverständigen des Schatzamtes und des Boards of Trade ist über die englische Auffassung von Deutschlands Zahlungsfähigkeit und die Art und Weise, wie es bezahlen soll. Es verlautet, daß Curzons Note an Deutschland von verschiedenen Mitgliedern des Kabinetts, darunter auch Baldwin, als zu mild beurteilt wird. In unterrichteten Kreisen des Schatzamtes vermimmt man hierzu, daß man die deutsche Leistungsfähigkeit heute etwas höher einschätze, als früher, und daß man sich jetzt mehr dem belgischen Schema nähere.

London, 19. Juli.

Baldwin erklärte heute im Unterhaus in Erwiderung auf eine Anfrage, er könne noch nicht sagen, wann er in der Lage sein werde, den Entwurf der Antwortnote an Deutschland veröffentlichen zu lassen.

Zuversicht in Paris.

eca **Paris**, 19. Juli.

In den diplomatischen Verhandlungen ist ein vollkommener Stillstand eingetreten. In Erwartung der Herstellung der englischen Note und deren Eintreffen beschränkt man sich auf die Erledigung laufender Geschäfte, ohne indessen London aus den Augen zu verlieren. Mit besonderem Interesse verfolgen die französischen diplomatischen Kreise einen angeblich seit einigen Tagen zwischen Berlin und London schwebenden Meinungsaustausch, dessen Gegenstand der passive Widerstand sein soll, und der angeblich durch die gestrige Unterhaltung des deutschen Botschafters Sthamer mit Lord Curzon weitergeführt wurde.

Der bekannte Mitarbeiter des „Intransigeant", de Gobart erklärte heute, **man glaube in offiziellen Kreisen nicht mehr an die Möglichkeit von Sonderverhandlungen zwischen England und Deutschland. Man sehe dem englischen Entwurf mit großer Zuversicht entgegen.** Eine englische Persönlichkeit in Paris habe heute früh gesagt: „Unser Instinkt drängt uns dazu, eine herzliche Zusammenarbeit mit Frankreich beizubehalten. Wenn die neuen französisch-belgischen Verhandlungen am Montag stattfinden, dann halte ich auch eine englisch-französische Fühlungnahme für Mitte der nächsten Woche für wahrscheinlich." Bei dem augenblicklichen Stand der Reparationsfrage könne allerdings, meint Gobart, von einer alliierten Konferenz keine Rede sein. Es könne sich lediglich um einen Meinungsaustausch, eine Unterhaltung zu zweien zwecks besserer Informierung handeln. In Paris scheine man heute eine derartige Unterhaltung zu wünschen und in London scheine man sie im Prinzip nicht ab. Jedenfalls sei es sicher, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und London beigelegt würden.

Beneschs Mission erledigt.

EP **Brüssel**, 19. Juli.

Der tschechische Außenminister Benesch ist heute, Donnerstag mittag, von Brüssel nach Prag abgereist.

eca **Paris**, 19. Juli.

Nach einer Brüsseler Meldung des „Intransigeant" soll Dr. Benesch nach seiner Unterhaltung mit Jaspar den belgischen Journalisten heute früh erklärt haben, daß die zwischen Paris, London und Brüssel schwebenden Verhandlungen bereits Resultate gezeitigt hätten. So seien in den Fragen der Höhe der von Deutschland zu verlangenden Zahlungen, der interalliierten Schulden und des internationalen Sachverständigenkomitees schon Fortschritte zu verzeichnen. In der Frage der von Deutschland zu leistenden Garantien werde London sicherlich den belgischen Anregungen Rechnung tragen. In der Ruhrfrage glaubt Benesch eine starke Strömung dafür festgestellt zu haben, Deutschland zur Aufgabe des passiven Widerstands zu veranlassen, um alsdann bei Frankreich und Belgien die „unsichtbare" Besetzung durchzusetzen.

Reparationen und Kriegsschulden.

EP **Washington**, 19. Juli.

In den Kreisen des Staatsdepartements verlautet, daß sich die Vereinigten Staaten weigern würden, einer Einladung Englands, sich an der Lösung der europäischen Probleme zu beteiligen, Folge zu leisten, sofern England darauf bestehe, die Reparationen mit der Frage der Kriegsschulden in Zusammenhang zu bringen. Man erklärt, daß Baldwin einen Fehler begehen würde, wenn er diese beiden Probleme nicht streng auseinander halten würde.

Die englischen Besatzungstruppen.

London, 19. Juli.

Baldwin teilte auf eine Anfrage im Unterhaus mit, daß die Stärke der britischen Besatzungstruppen in Deutschland am 1. Juni einschließlich der Rheinflotille 477 Offiziere und 8221 Mann betragen habe. Die Jahreskosten machten etwa 1 602 000 Pfund Sterling aus, worin gewisse Lieferungen und örtliche Leistungen durch Deutschland mit eingegriffen seien. Bis zum 31. Dezember 1922 seien die Kosten vollkommen gedeckt und Großbritannien empfange auch jetzt noch durch die Anwendung der Reparationseinzahlungskäste mehr als genug, um die Kosten der britischen Besatzungsarmee zu bestreiten.

Keine Einigung in der Tangerfrage.

TU **London**, 19. Juli.

Ueber den Stand der Tangerfrage befragt, antwortete Baldwin im Unterhause, daß die Vorkonferenz der Sachverständigen, die sich über die Zukunft Tangers besprechen sollten, bekanntlich auf einen Monat vertagt sei. Es liegen zwei Pläne vor, der französische, der Tanger vorbehaltlos dem Sultan von Marokko, der französischer Vasall ist, zusprechen will und der englische, der Tanger internationalisieren will. Die Konferenz wurde vertagt, damit die Regierungen den englischen Plan studieren können. Baldwin fügte aber hinzu, es bestehe keinerlei Aussicht auf eine Einigung und die Tangerkonferenz werde sich wohl kaum wieder versammeln.

Amerika und der Haager Schiedsgerichtshof.

Paris, 19. Juli.

Nach einer Meldung des „New York Herald" aus New-York beabsichtigt der Nationalausschuß zur Verhinderung des Krieges für den 28. und 29. Juli im gesamten Gebiet der Vereinigten Staaten Kundgebungen zugunsten eines Beitritts der Vereinigten Staaten zum Haager Schiedsgerichtshof zu veranstalten.

Japan und der Flottenstützpunkt Singapore.

London, 19. Juli.

Reuter erfährt aus Tokio, daß die japanischen Zeitungen Erstaunen und Unruhe über die geplante Gründung einer Flottenbasis in Singapore ausdrücken und erklären, dieser Plan scheine Mangel an Vertrauen zu dem Washingtoner Marineabkommen zu bedeuten. Sie finden es bedauernswert, daß die japanischen Gefühle gegenüber Großbritannien offenbar nicht genügend geschätzt würden. Sie seien trotz der Aufhebung des englisch-japanischen Vertrages unverändert geblieben.

Vom gallischen und vom Bürgerkrieg.

Von

Dr. Richard Bahr.

In den letzten Tagen haben nun auch schon sozialdemokratische Stilisten begonnen, mit einer Eisfalte, die einem das Blut erstarren machte, das Thema vom Bürgerkriege (de bello civili) abzuhandeln. Die Nervenfolter, unter der das deutsche Volk das zehnte Jahr stöhnt, mag derlei Schreibübungen zur Not psychologisch erklären, entschuldigen kann sie sie nicht. Nützlicher und vaterländischer möchte einstweilen es immer noch uns erscheinen, de bello gallici zu reden: von jenem Krieg, den unter Bruch eines rauhen und ruchlosen Friedens der gallische Nachbar uns ins Land getragen hat. Von dem Krieg, oder besser noch: von den Aussichten und Möglichkeiten seiner Beendigung. Vielleicht, daß es so doch gelingt, nicht etwa eine Einheitsfront herzustellen — wer wird in dem demoralisierten Deutschland von heute noch so ausschweifenden Hoffnungen sich hingeben? — aber wenigstens die Gemüter auf einen Punkt zu konzentrieren. Und daß mit der atmosphärischen dann auch die seelische Hitzewelle für eine Weile wieder verweht.

Man braucht in diesem Zusammenhang nicht erst nach der Kriegslage zu fragen. Denn wenn auf der einen Seite Legionen stehen mit allen Rüstungen und Hilfsmitteln moderner Technik und auf der anderen ein bei der Arbeit und bürgerlichen Hantierung überraschtes, waffenloses Volk, dem man, sich zu wehren, zuvor selbst die Waffen entwand, wäre solche Frage müßig, wenn nicht geschmacklos. Wie aber ist die diplomatische Situation, sind die Stimmungen, das Urteil, das Widerspiel den Neigung und Abneigung bei den annoch Unbeteiligten in der Fremde? Man wird daran erinnern dürfen, daß wir zunächst allein standen auf weiter Flur. Welche tiefe, unheimliche Stille, als bei uns daheim der Dollar um 20 000 oszillierte und niemand noch der kommunistischen Psychopathen achtete, die Welt draußen beherrschte. Wie bewegtlich, angesichts der gehäuften Drangsale der Bevölkerung und der dreisten Verbrechen der Ausfüllungsarmeen, immer wieder, in Wort und Schrift, auch vom Kanzler selber im Reichstag der Notruf erscholl: und die Mächte der Zivilisation? In der Begierung haben die Dinge doch sich gewandelt. Man kann nicht mehr sagen, daß das Weltgewissen nicht sich geregt hätte. Der für hunderte von Millionen in allen von abendländischer Kultur getroffenen Erdstrichen die höchste moralische Instanz ist, das Oberhaupt der katholischen Kirche, hat sich nicht gescheut, im Namen der täglich auf's neue geschändeten Gesittung Herrn Raymond Poincaré entgegenzutreten. Es hat dann noch ein paar Nebengeräusche, nach französischen Intrigen ein paar schnell vorübergehende Irrungen und Wirrungen gegeben. Aber da als Sendbote des Heiligen Vaters Monsignore Pacelli in Berlin erschien, waren sie bald aufgeklärt. Niemand und schon gewiß kein irgendwie Verantwortlicher, wünscht in Deutschland, daß bei Sabotage oder Widerstand Menschenleben vernichtet würden. Was der Kanzler dem Nuntius versichern konnte, befriedigte im Vatikan vollauf, die Mißverständnisse waren ausgeräumt, die Episode beglichen. Nicht so erfolgreich gingen die Schritte aus, die vom päpstlichen Stuhl zu gleicher Frist in Paris und Brüssel unternommen worden waren. Die Bitte der Curie, vor der Hand mit weiteren Vergeltungsmaßnahmen zurückzuhalten, fielen bei Frangofen und Belgiern auf ein steiniges Erdreich. Neue Tedesdrittele wurden verhängt, die Grenzsperre verlängert, ein frecher Raubzug nach Barmen vollführt, den auch kein nabulistischer Mittelkonsument mehr als Zwangsvollstreckung wegen angeblich verweigerter Reparationen auszudeuten vermöchte. Schon vorher aber hatte, als der amtliche Wortführer jenes Frankreich, das mit Bewußtsein und Berechnung zur „orthodoxie intégrale", zu

Schlußkurs der Mark in New-York
0,0003 9/16
Hiesige Parität
ca. 313 500.

Der anerkannte
Sport- und Tourenwagen
Das neue Modell!
Sofort lieferbar!
12/40 PS STEYR 6 Zylinder
General-Vertretung für Berlin und Brandenburg:
KARL A. KLEIN
BERLIN-FRIEDENAU, Hauptstraße 81/82. Tel. Rheingau 6450-6455.
BERLIN W 62, Kurfürstendamm 1. Tel. Kurfürst 1318. Telegramm-Adresse Kleinkraft-Berlin.